Gegen US-Wohngebiet am Urlas

BN geht nicht in Berufung

„Verfahren wäre aussichtslos“

ANSBACH (aoe) – Um ein „aussichtslos erscheinendes juristisches Verfahren“ zu vermeiden, verzichtet der Bund Naturschutz (BN) darauf, gegen das geplante Wohngebiet der US-Armee am Urlas weiter juristisch vorzugehen. Damit begründet der BN seinen nun erklärten Verzicht auf eine Berufung gegen das unlängst ergangene Urteil des Verwaltungsgerichtes (wir berichteten).

Unter den gegebenen Umständen sei ein weiteres Gerichtsverfahren nicht sinnvoll, heißt es in einer Presseerklärung des BN. Man habe sich entschieden, den Antrag auf Zulassung der Berufung zurückzunehmen. Bei der Untersuchung des Sachverhaltes sei man zu dem Schluss gekommen, dass das angewandte „Kenntnisgabeverfahren“ bei dem Bauvorhaben der US-Armee zulässig sei. Die Gesetze zum Schutz der Natur seien dabei „weitgehend außer Kraft gesetzt“, beklagt der BN.

Trotz allem sei das Verfahren nicht umsonst gewesen: Es habe immerhin zu einer öffentlichen Auseinandersetzung geführt. Auch deshalb sei bis jetzt nur ein Bauabschnitt genehmigt worden, zu großen Teilen in Verbindung mit Ausgleichsmaßnahmen. Diese ökologischen Auflagen seitens der Behörden seien zwar anerkennenswert, stellten aber nicht annähernd einen Ersatz für die Umweltschäden durch das Bauvorhaben dar.

Stadträte vor der Sitzung an Stadtratsbeschluss erinnert

ANSBACH (mik) – Über 50 Demonstranten hatten sich gestern Nachmittag kurz vor Beginn der Stadtratssitzung am Stadthaus eingefunden, um die zum Sitzungssaal strömenden Stadträte „an etwas Wichtiges zu erinnern“, wie Hansjörg Meyer, der Vorsitzende der Bürgerinitiative „Etz langt's“ erklärte: Vor zwei Monaten hatte der Stadtrat einstimmig beschlossen, auf ein Nachtflugverbot für die US-Hubschrauber und auf ein Überflugverbot für alle Wohngebiete in der Stadt Ansbach hinzuwirken.

Seitdem habe sich die Lage der lärmgeplagten Bürger in den betroffenen Stadtteilen „nicht wesentlich gebessert“, meinte Meyer. Die Demonstration solle den Stadträten Mut machen, diesen Beschluss auch umzusetzen und überall in die politischen Gespräche einzubeziehen. Durch viele „kleine Schritte“ komme man auf die „Straße zum Frieden“. Zudem stand an diesem Dienstag auch die Anbindung des Urlas-Areals an die Bundesstraße B 14 auf der Tagesordnung. „Jetzt langt's wirklich“, erklärte dazu die Landtagsabgeordnete der Grünen, Renate Ackermann. Nicht nur, dass den Bürgern durch den unerträglichen Hubschrauberlärm der Schlaf geraubt werde, zählte sie auf. Nicht genug, dass aus den Hubschraubern giftige Verbrennungsrückstände auf die Bevölkerung niederrieselten und auf einem schönen Naturgebiet ein „amerikanisches Ghetto“ entstehen solle. „Jetzt will man noch auf Kosten der Steuerzahler die Zufahrt der Amis in ihr Wohnghetto bauen“, empörte sich Ackermann. Unfälle gebe es auf dieser Strecke schon seit vielen Jahren. Aber ausgerechnet jetzt, wo die US-Armee die Wohnsiedlung auf dem Urlas bauen wolle, ziehe das Straßenbauamt die millionenschweren Pläne für die B 14 heraus. Deshalb stehe die Demonstration auch unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Trabantenstadt.“

Wenn der CSU-Bundestagsabgeordnete Josef Göppel angesichts des Hubschrauberlärms Schallschutzfenster fordere, sei das so, als wenn ein Kranker mit Blinddarmreizung zum Arzt gehe und der die Einnahme von Schmerzmitteln empfehle, sagte der Bezirksrat der Linken, Uwe Schildbach. Das reiche aber bei weitem nicht aus, meinte er: „Der Blinddarm muss raus.“ Die Army müsse endlich in die Schranken gewiesen werden. Foto: Albright

Fränkische Landeszeitung, 29. Juni 2009